Die politik des Grossen kurfürsten während des krieges ...

Karl Erhard Ross

LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF CALIFORNIA.
GIFT OF
Jesse Knight
Class

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Die Politik des Grossen Kurfürsten während des Krieges gegen Frankreich 1672—75 mit besonderer Berücksichtigung des Separatfriedens von Vossem vom 6. Juni 1673 und des Zuges nach dem Elsass im Herbst 1674.

Inaugural-Dissertation

zur

Erlangung der Doktorwürde

der

hohen Philosophischen Fakultät der Universität Jena

vorgelegt von

Karl Erhard Ross,
aus Gr. Wolfsdorf.

Königsberg i. Pr.
Hartungsche Buchdruckerei.
1903.

Digitized by Google

DD 394
.5
R6

Genehmigt von der Philosophischen Fakultät der Universität Jena auf Antrag des Herrn Professor Dr. Lorenz.

Jena, den 26. Juli 1902.

Professor **Dr. Michels,**
d. Zt. Dekan.

Digitized by Google

Meinen lieben Eltern

in Dankbarkeit

gewidmet.

Digitized by Google

Es gibt kaum einen preussischen Herrscher, über den so viel geschrieben worden ist wie über den Grossen Kurfürsten. Die Urteile über ihn und die Mittel, die er zur Erreichung seiner grossen Pläne anwandte, gehen weit auseinander; nur eins steht fest, und dieses ist die Bewunderung, die ihm von allen gezollt wird, der Dank für das, was er getan, ist ausgedrückt durch den Beinamen „Der Grosse".

Man hat der Brandenburgischen Politik zur Zeit des Grossen Kurfürsten den Vorwurf machen zu müssen geglaubt, dass sie nicht immer Mittel angewandt habe, die vor dem Gerichtshofe der Moral bestehen können. Nun, wenn man den Kurfürsten in seiner moralischen Grösse sehen will, so braucht man nur an die Aufnahme der französischen Refugie's zu denken, die vom allerchristlichsten König ihres Glaubens wegen vertrieben wurden. Wenn es als charakteristisches Zeichen jener Zeit gilt, dass man beim Schliessen eines Vertrages schon wieder daran dachte, wie man diesen lösen und einen vorteilhafteren eingehen könnte, so ist es dem Kurfürsten von Brandenburg doch nicht zu verdenken, dass er ebenso handelte wie die andern alle.

Die Haltung des Kurfürsten während des Krieges der Generalstaaten, des Kaisers und später auch Spaniens gegen Frankreich, der im Jahre 1672 begann, ist vielfach besprochen und von verschiedenen Gesichtspunkten aus betrachtet worden. Die Aufgabe dieser Abhandlung

Digitized by Google

soll der Versuch sein darzustellen, dass der Kurfürst einmal, wenn er an das Bestehen seines Staates dachte nicht anders handeln konnte, dann aber auch zu zeigen, dass er stets den Reichsgedanken vertreten hat und auch aus diesem Grunde im Jahre 1674 den Feldzug nach dem Elsass unternommen hat.

Meine Ausführungen stützen sich im grossen und ganzen auf die Ausführungen von Erdmannsdörffer in seiner „Deutschen Geschichte vom westphälischen Frieden bis zum Regierungsantritte Friedrichs des Grossen“ und auf Joh. Gust. Droysen in seiner „Geschichte der Preussischen Politik.“ („Der Staat des Grossen Kurfürsten.“) Es handelt sich hierbei um die Frage:

„Welches sind die Gründe, die den Kurfürsten veranlassen, sich wieder der Koalition anzuschliessen und nach erfolgtem Eintritt in die Allianz sich mit den Kaiserlichen zu vereinigen und den Krieg im Elsass zu führen?“

Um eine Antwort auf diese Frage zu erhalten, habe ich mich mit den Ausführungen bei Philippson: „Der Grosse Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg“, bei H. Peter: „Der Krieg des Grossen Kurfürsten gegen Frankreich 1672—75“ und bei Orlich: „Der Grosse Kurfürst“ beschäftigt und bin mit Benutzung des vorhandenen Materials in den „Urkunden und Aktenstücken zur Geschichte des Grossen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ und in dem Buche von v. Mörners: „Kurbrandenburgische Staatsverträge von 1601 bis 1700“ zum grössten Teil zu der Ansicht Peters gekommen, der neben der Erfüllung des dringenden Wunsches von seiten des Kaisers in Betreff des Anschlusses an das Kaiserliche Heer auch mannigfache andere Gründe annimmt, während Philippson meint, der Kurfürst hätte nur auf Verlangen des Kaisers diesen

Digitized by Google

Zug unternommen. Um so mehr muss man Peter Recht geben, wenn man die Lage bedenkt, in der der Kurfürst sich befand. Neutral zu bleiben war ihm nicht möglich. Hätte er sich Frankreich angeschlossen, so wäre zu befürchten gewesen, dass er von der Übermacht der Koalition vernichtet worden wäre, ehe er überhaupt zum Schlagen kam. Er hatte sich für den Anschluss an die Koalition entschieden; jetzt musste er aber nach den misslungenen Unternehmungen in den Niederlanden daran denken, sich dem Heere anzuschliessen, das den sichersten und schnellsten Erfolg verhiess; und dieses war das Kaiserliche und Reichsheer. Nur ein entscheidender und schneller Sieg konnte das „säbelrasselnde" Schweden nötigen, es bei den Drohungen bewenden zu lassen. Trat dieser Erfolg nicht ein, so musste der Kurfürst fürchten, dass es den Säbel ziehen würde; eine Annahme, die im nächsten Frühjahre zur Tatsache wurde. Der Meinung von Prutz glaube ich entgegentreten zu müssen, wenn er in seiner „Preussischen Geschichte" sagt: „die brandenburgische Politik war nach Abschluss des Friedens von Vossem im Begriff, Kaiser und Reich den Rücken zu kehren, um ihr Glück im Gefolge Frankreichs zu suchen" und wenn er den Wiedereintritt in die Koalition mit Gründen moralischer Depression motiviert. Martin Spahn geht in seiner Geschichte des Grossen Kurfürsten überhaupt nicht auf diese Frage ein, sondern erzählt, wie auch sonst bei solchen Gelegenheiten, nur die blosse Tatsache, dass Friedrich Wilhelm mit dem Kaiser im Bunde gegen Frankreich gekämpft hat.

Man beachtet bei der Kritik zu wenig das Grosse, was der Kurfürst für seinen Staat und damit auch für das deutsche Reich getan hat. Wie er der Erste war, der die Gefahr, die bei einer Niederlage der General-

Digitized by Google

staaten von seiten Frankreichs dem deutschen Reiche drohte, richtig erkannte, so war er auch der Erste, der sich anschickte, diese Gefahr zu beseitigen. Seine deutsche Gesinnung hat er immer bewiesen, nur erlaubte es ihm die Politik und das Verhalten seiner Bundesgenossen nicht, sie zu betätigen. Als er dann später im Jahre 1675 und den folgenden die Schweden aus seinen Landen jagte, tat er dieses wohl, um den gefährlichen Nachbar los zu werden; er hat dadurch aber auch zeigen wollen, dass deutscher Boden nur Deutschen gehören solle. Leider ist dieses Endziel von den Zeitgenossen nicht erkannt worden; erst seinen Nachfolgern blieb es vorbehalten, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen.

Die Brandenburgische Politik bis zum Frieden von Vossem.

Wenn man an die geographische Lage der brandenburgisch-preussischen Länder denkt, so ist es begreiflich, dass die kurfürstliche Politik überall eingreifen musste dass es eigentlich kein grösseres Ereignis gab, an dem der Kurfürst von Brandenburg nicht irgendwie beteiligt war. Daher ist es auch erklärlich, dass der Kurfürst sich in den Krieg mischte, der zwischen den Generalstaaten und Frankreich auszubrechen drohte. Je näher der Ausbruch kam, desto mehr lockerten sich die Verbindungen, auf denen das europäische Gleichgewicht zu ruhen schien. Für Brandenburg war es eine Frage der Existenz, welcher der beiden Parteien es sich anschliessen sollte, und als es sich entschlossen hatte, wurde der junge Staat in einen Kampf um seine Existenz verwickelt; und wenn nach beinahe zehnjährigem Ringen der Staat nicht zusammengebrochen war, so ist es ein Verdienst seines Fürsten und seines Heeres.

Digitized by Google

Es ist hier nicht der Ort, auf alle politischen Verhandlungen einzugehen und den diplomatischen Wirrwarr zu entwirren. Es kommt hier darauf an zu wissen, was der Kurfürst mit seiner Parteinahme gegen Frankreich bezweckte.

Ruhmreich und glänzend war Frankreich aus den Devolutionskriegen hervorgegangen, die erste und vornehmste Macht Europas. Von neuem tauchte damals der Plan auf, die Tatsache der französischen Herrschaft über die Christenheit durch die Übertragung der Kaiserwürde auf Ludwig XIV. auch staatsrechtlich zum Ausdrucke zu bringen. Vor der Hand lag es aber dem französischen Könige daran, an den Generalstaaten Rache zu nehmen für ihr mutiges Eintreten für Spanien, denn dadurch hatten sie ihn an der Einziehung der spanischen Niederlande gehindert. Doch wenn er den Rache- und Vernichtungskrieg gegen die Generalstaaten mit Erfolg führen wollte, musste er die Tripelallianz zwischen Holland, Schweden und England aufzulösen suchen. Es kamen ihm hierbei in England die katholischen Pläne König Karls II. sehr entgegen und in Schweden tat französisches Geld bald die gewünschten Dienste. Die Regierung der Generalstaaten lag auch nicht in den besten Händen; die ganze Leitung des Staates lag in den Händen Johann de Witts. So war dem Könige zur Erreichung seiner Ziele alles günstig. Die deutschen Fürsten, das wusste er, würden nicht für Holland Partei ergreifen; nur eine Ausnahme gab es und diese war der Kurfürst von Brandenburg.

Es wurde daher auch bei diesem der Versuch gemacht, ihn auf die französische Seite zu bringen. Man wies in Berlin auf das Verhalten der Generalstaaten hin, die in den westfälischen Ländern kurfürstliche Festungen besetzt hielten; man bat den Kurfürsten, als er nicht

Digitized by Google

gegen Holland kämpfen zu wollen fest versicherte, um Neutralität und bot ihm hierfür sogar hohe Subsidien. Trotz des Rates einzelner Minister schlug der Kurfürst alle diese Anerbietungen aus. v. Crockow, der brandenburgische Gesandte in Paris, hatte vielmehr den Auftrag auf alle Weise die Ruptur mit Holland zu widerraten. In krassem Widerspruch zu den glänzenden Anerbietungen Frankreichs stand das Verhalten der Generalstaaten. Man glaubte dort des Brandenburgers, der sich so oft um ihre Freundschaft beworben hatte, sicher zu sein. Als sie aber mit Staunen sehen mussten, dass er ihren Wünschen bezüglich des Anschlusses an die Tripelallianz nicht nachkam, glaubten sie ihn auf gewaltsame Weise dazu zu bringen, indem sie jeden Vergleich in Sachen der klevischen Festungen zurückwiesen.

Selbstverständlich war der Kurfürst über ein derartiges Benehmen empört, und die französische Diplomatie, die diese Missstimmung sofort benutzte, hatte insofern Erfolg, als der Kurfürst versprach, nichts gegen Frankreich unternehmen zu wollen. Auch die Freunde Frankreichs im Reiche, besonders der Kurfürst von Köln und sein Domherr Fürst Fürstenberg suchten den Brandenburger für Frankreich zu gewinnen.

Trotz aller Versprechungen und Drohungen von seiten Frankreichs und trotz des wunderbaren und oft beleidigenden Verhaltens der Generalstaaten ergriff Friedrich Wilhelm doch die Partei der Generalstaaten und schloss mit ihrem Vertreter Amerongen am 6. Mai 1672 das Bündnis, durch das er in den Krieg mit Frankreich verwickelt wurde. Betrachtet man die Gründe die den Kurfürsten veranlassten, den französischen Eroberungsgelüsten entgegenzutreten, so ist der Hauptgrund wohl der, dass er ein weiteres Anwachsen der französischen Macht um jeden Preis als die grösste Ge-

Digitized by Google

fahr für die bestehenden Zustände verhindern wollte; in einem ferneren Bestehen der Generalstaaten in ihrer bisherigen Macht sah er die Garantie gegen die Übergriffe Frankreichs in politischer wie religiöser Beziehung.

Durch das Bündnis vom 6. Mai hatte der Kurfürst sich entschieden auf die Seite der Holländer gestellt; doch mit diesen allein konnte er das Werk nicht ausführen; denn schon waren die generalstaatischen Heere geschlagen worden und auch einige ihrer Festungen eingenommen. Er sah sich deshalb nach anderen Bundesgenossen um. Er versuchte den Einfall der Franzosen in Lothringen und die Verjagung des Herzogs Karl von Lothringen zu einer Reichsangelegenheit zu machen und die Kur- und Fürsten am Rhein durch Hinweis auf ähnliche Behandlung von seiten Frankreichs zu dessen Gegnern zu machen. Doch seine Bemühungen waren umsonst. Glücklicher sollten seine Verhandlungen mit dem Kaiserlichen Hofe in Wien ablaufen. Er hatte dorthin den Fürsten von Anhalt gesandt, und diesem gelang es, die Zusage des Kaisers zu erhalten und alle Einwendungen der französisch gesinnten Minister, besonders des Fürsten Lobkowitz, zu überwinden. Zu statten kam der kurfürstlichen Politik hierbei, dass der kaiserliche Gesandte in Haag, Baron von Lisola, auch kein Mittel unversucht liess, den Kaiser zum Bruche mit Frankreich zu bewegen. Am 12. Juni 1672 wurde der Defensivvertrag vom Kaiser bestätigt. Beide Mächte verpflichteten sich, je 12 000 Mann ins Feld zu stellen, der oberste Befehl sollte beim Kurfürsten sein, auf kaiserlicher Seite sollte auf Wunsch des Kurfürsten Graf Montecuculi befehligen.

Als Zweck dieser Defensivallianz wurde bezeichnet: „dass der westphälische Friede erhalten und keiner ungleichen Auslegung unterzogen werde, unter keinem

Digitized by Google

Vorwande gegen Kaiser, Reich, Frieden und gegen den dem Kaiser und Reich geleisteten Eid Bündnisse eingegangen, vielmehr dergleichen eingegangene cassirt werden, dass Contrahenten und Beobachter des westphälischen Friedens von Niemand irgendwie gekränkt werden, sondern dass sie sich, wenn freundliche Abmahnung in solchem Falle keinen Platz greift, bis zu erfolgter Genugthuung mit den Waffen gegen den Friedensstörer beistehen".[1])

Der Kaiser verspricht ausserdem, sich zu bemühen, dass auch die Kurfürsten und Reichsstände diesem Bündnisse beitreten; ebenso soll der Krone Spanien der Beitritt freistehen. Der Kurfürst will dafür sorgen, dass der König von Dänemark und die Häuser Braunschweig und Hessen-Kassel diesem Bündnisse beitreten.

„Also Brandenburg und Oesterreich stellten der französischen Doktrin vom Friedensinstrument und dem Wesen des Waffen- und Bündnisrechts eine deutsche gegenüber, die für die Selbsterhaltung des deutschen Wesens notwendig war. Die Coalition, zu der sie den Grund legten, bot in der Tat eine Gesamtgarantie aller Rechte, ihre Waffengemeinschaft schien, indem sie den Entschluss aussprach, die Pflicht aller Glieder des Reiches in Anspruch zu nehmen, auf die unermessliche Defensivkraft Deutschlands das Gleichgewicht Europas gründen zu sollen".[2])

Leider sollte sich diese grosse und kühne Kombination in der Ausführung nicht bewähren. Wäre alles so gegangen, wie der grosse Kurfürst es wünschte und hoffte, der Krieg hätte einen Umfang und eine Dauer angenommen, dass Frankreich es nicht hätte ertragen

1) v. Mörner: „Kurbrandenb. Staatsverträge". S. 365 ff.

2) Droysen: „Preussische Politik", der Staat des Grossen Kurfürsten. S. 261. III. Bd.

Digitized by Google

können. Es kam jedoch alles anders. Frankreich wusste die Reichsfürsten niederzuhalten und von kaiserlicher Seite geschah nichts, was dem Feinde irgendwie hätte schaden können. Es ist hier nicht die Absicht den Verlauf des Feldzuges, als es endlich dazu kam, zu schildern; die Ursachen seines Misslingens sind bekannt.

Der Friede von Vossem. 6. Juni 1673.

Die Hoffnungen, die Friedrich Wilhelm von Brandenburg gehegt hatte, als er 1672 mit den Generalstaaten und dem Kaiser im Bunde gegen den Franzosenkönig Ludwig XIV. zu Felde gezogen war, waren nur zum geringsten Teile erfüllt. Seine Tätigkeit als Feldherr wurde einmal behindert durch das Verhalten des kaiserlichen Generals und andererseits durch das Benehmen der Generalstaaten. Ängstlich vermied die kaiserliche Politik es zur Ruptur mit Frankreich kommen zu lassen, ja man war bestrebt, jedes militärische Hervortun des Brandenburgers nach Möglichkeit zu verhindern. Die Generalstaaten verlangten von ihrem brandenburgischen Bundesgenossen, dass er alle Punkte des Vertrages erfüllen sollte, sie aber enthielten ihm die vertragsmässigen Subsidien vor, ohne die es ihm unmöglich war, das Heer in bisheriger Stärke aufrecht zu erhalten. Nur eine Hoffnung des Kurfürsten war in Erfüllung gegangen: durch sein energisches Einschreiten für die Niederlande hatte er diese von ihrem Untergange gerettet — dieses ist sein unbestreitbares Verdienst im Feldzuge von 1672—73.

Als er erfahren musste, dass seine Verbündeten ihn nicht in vertragsmässiger Weise unterstützten, als er sah, dass seine Lande fast ausschliesslich den Kriegsschauplatz bildeten und ihrem Untergange entgegen gingen, als alle seine Bemühungen, auch andere Reichs-

Digitized by Google

stände, z. B. Braunschweig, Lüneburg, Hessen-Kassel sowie Spanien und Dänemark, zum Kriege gegen Frankreich zu bringen scheiterten, da ergriff er die günstige Gelegenheit, die sich ihm durch die Vermittelung des Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg bot, mit Ludwig XIV. in Verhandlungen einzutreten, die möglicherweise zum Frieden führen konnten, zu einem Frieden, den seine Lande alle notwendig brauchten. Am 6. Juni 1673 kam der brandenburgische Geheime Rat Meinders nach Vossem in das königliche Hauptquartier und dort begannen die Verhandlungen, die schon am 21. Juni zum gewünschten Frieden führten.

Brandenburg war durch diesen Separatfrieden ausgeschieden aus der Allianz gegen Frankreich. Begreiflich ist es, dass die Verwunderung über diesen Schritt gross war, ja dass die Verbündeten hierüber sehr erbittert waren. Man warf dem Kurfürsten vor, er hätte Kaiser und Reich und durch die Aufgabe der gemeinsamen Sache mit den Niederlanden auch die evangelische Religion verraten; Kaiser und Reich habe er verraten, wohl stand er mit dem Kaiser im Bunde, doch das Reich hat sich, abgesehen von dem Kaiser und dem Kurfürsten von Brandenburg, in diesem Kriege entweder gar nicht oder auf feindlicher Seite betätigt, z. B. die beiden geistlichen Fürsten, der Erzbischof und Kurfürst des Reiches von Köln und der Bischof von Münster. Wenn von Verrat hier überhaupt gesprochen werden kann, so könnte man vielleicht sagen, das Reich hat den Kurfürsten verraten; denn er hat sich alle Mühe gegeben, in Regensburg und an den einzelnen Fürstenhöfen, die Fürsten an ihre Pflicht als Stände des Reiches zu erinnern.

Es gab ja aber kein Reich; wenigstens kann man das Gebilde des westfälischen Friedens nicht mit diesem stolzen Namen bezeichnen. Der Reichsgedanke, der Ge-

Digitized by Google

danke, dass sie als Stände des Reiches auch Pflichten gegen das Reich hatten, beseelte wohl die wenigsten Fürsten. Sie erinnerten sich nur des Reiches, wenn sie Rechte, die oft genug vermeintliche waren, geltend machen zu müssen glaubten.

Der Meinung, dass Brandenburg durch diesen Frieden „im Begriff stand, Kaiser und Reich den Rücken zu kehren um wie Köln und Münster sein Glück im Gefolge Frankreichs zu suchen“[1]), kann ich mich nicht anschliessen. Wie war denn damals die Stimmung im Reiche gegen Brandenburg? Der brandenburgische Gesandte am Reichstage zu Regensburg, Gottfried von Jena, teilt seinem Herrn mit: „Man hätte sich in Regensburg getröstet, dass es zum Heil des Reiches und der Libertät sei, wenn einer, den Gott mit vielen Landen gesegnet, eine oder die andere Provinz verliere und auf solche Weise anderen gleich werde“[2]).

Und unter dem Schutze Frankreichs durften die Bischöfe von Köln und Münster, Stände des Reiches, sich in einem offiziellen Schreiben über den Landfriedensbruch des Kurfürsten beklagen und die Hoffnung aussprechen: „dass niemand, der noch einen Tropfen deutschen Blutes übrig habe, diesem ins Reich gewaltig einreissenden brandenburgischen Dominat und der allgemeinen Oppression so vieler Kurfürsten und Fürsten stillsitzend länger zusehen, dass man an diesem abscheulichen Laster des Friedensbruches, desgleichen seit dem teuer erkauften Frieden nicht geschehen, ein Exempel statuieren werde“.[3])

Bei einer derartig wohlwollenden Stimmung der Mitstände kann man es dem Kurfürsten nicht übel

1) Prutz: „Preuss. Geschichte“ S. 170.
2) Droysen: „Der Staat des Gr. Kurfürsten“ S. 286.
3) Droysen: „Der Staat des Gr. Kurfürsten“ S. 285.

Digitized by Google

nehmen, dass er durch einen Frieden mit Frankreich seiner Lande Glück suchte, ehe er sich niederwerfen und ruinieren liess, ohne dadurch der gemeinen Sache zu nützen. Noch konnte er hoffen, wenigstens seinen Besitzstand an Land zu retten.

Überraschend kam der Friedensschluss den Verbündeten auch nicht; denn in geziemender Weise hatte der Kurfürst sowohl dem Kaiser als auch den Generalstaaten Meldung von seiner Friedensneigung gemacht. Er hatte die Gründe hierfür angeführt und diese waren so zwingender Natur, dass sie durch das Versprechen, die Sache eifriger zu betreiben und auch Spanien zur Ruptur zu veranlassen, nicht aufgewogen werden. Er hatte dem Vertrage gemäss versucht, den Kaiser und die Generalstaaten zu Friedensunterhandlungen zu bewegen, und diese Anregung war beim Kaiser aufgenommen worden. Der Wiener Hof hatte sich in Friedensunterhandlungen eingelassen, wie aus einem Briefe Kaiser Leopolds an den Kurfürsten vom 23. März 1673 hervorgeht.[1]) Der Kurfürst hatte zu erfahren gewünscht, wie weit die Friedensunterhandlungen mit Frankreich, Kur-Köln und Münster gediehen wären. Die Friedensneigung der österreichischen und brandenburgischen Politik bezeugt ebenfalls die Sendung des brandenburgischen Hof- und Legationsrates Lorenz Georg v. Crockow nach Wien im März 1673. Crockow sollte auf die allgemeine politische Lage hinweisen und dem Kaiser vorstellen, dass der Kurfürst den Frieden suchen müsse, wenn nicht hinfort die Versicherung gegeben und Mittel und Wege gezeigt würden, wie der Krieg mit Erfolg zu führen sei und wie für die brandenburgische Armee Unterhalt geschafft werden solle.[2])

1) U. u. A. IX. 13. S. 433.
2) U. A. IX. 13. S. 560 ff.

Digitized by Google

Damals dachte er noch nicht an Separatfrieden mit Frankreich. In einem Reskript des Kurfürsten an Crockow vom 9. April 1673 bekommt er allerdings schon Anweisungen, wie der Separatvertrag mit Frankreich zu begründen sei: Die Verbündeten hätten nichts getan, die brandenburgischen Lande zu schützen; daher könne der Kurfürst nicht glauben, dass der kaiserliche Hof es im geringsten übel nehmen könne, „dass Wir uns quovis modo, Ihrer kaiserlichen Majest. selbsten und dem ganzen Römischen Reich zum besten zu salviren und unsern gänzlichen Untergang zu evitiren suchen. Wir haben I. Kais. Maj. nicht allein durch Euch, besondern auch durch unterschiedene Briefe versichert, dass Wir dieselbe und des Reiches Interesse nicht verlassen, viel weniger etwas gegen sie eingehen werden; dabei verbleiben Wir nochmals beständig."[1])

Sollte dem Gesandten vorgehalten werden, dass der Kurfürst durch Partikulartraktaten die gemeinsame Sache verlasse, so sollte er deutlich vorstellen: „dass ein grosser Unterschied zwischen dem Foedere, so Wir mit dem Staat, und demselbigen sei, so Wir mit I. K. M. aufgerichtet. In jenem haben Wir pacisciret: nebst dem Staat Frankreich zu bekriegen und dasselbige vor Feind erkläret, in diesem ist nichts anderes versprochen (wiewohl Wir's gerne anders gesehen) als dass Wir nebst I. K. M. das Reich beschützen helfen sollen."[2])

Die Versicherungen der österreichischen Minister, der Kaiser denke daran, mit energischen Mitteln den Krieg zu betreiben und auch Spanien zum Bruche mit Frankreich zu veranlassen, ja Spanien sei bereit, mit Frankreich zu brechen und dem Kurfürsten Subsidien zu zahlen, konnten den Vorsatz, um jeden Preis Frieden

1) U. A. IX. 13. S. 576 ff.
2) U. u. A. IX. 13. S. 576 ff.

Digitized by Google

zu haben, nicht wankend machen. Und konnte der Kurfürst hoffen, dass es der österreichischen Politik dieses Mal Ernst sein würde, mit ihrem Eifer gegen Frankreich? Die Kriegführung des zukünftigen Feldzuges und das Verhalten des kaiserlichen Generals konnten ja wieder geregelt sein durch einen Geheimvertrag, wie es der im Jahre 1671 geschlossene Vertrag zwischen Österreich und Frankreich war, nach dem Österreich sich im Kriege mit Frankreich befand. Mitteilung von diesem Vertrage hatte der Kurfürst durch v. Crockow erhalten. Auch Friedrich von Jena schrieb in dieser Zeit an den Kurfürsten: „Er höre, man wolle in Wien den Frieden nicht befördern, sondern die Dinge einhalten, um den Spaniern einige von den Holländern besetzte Plätze in die Hände zu spielen und so Frankreich zu schwächen; ob Brandenburg dadurch in Schaden, sein Land in Verderben gesetzt werde, das hält man für keinen Verlust; ja manchem ist es lieb, dass der Kurfürst eine Stadt nach der andern verliere.“[1])

Wie weit diese Nachricht auf Tatsachen beruht, mag dahingestellt bleiben; sicher war sie nicht dazu angetan, den Kurfürsten voll guter Hoffnung auf kaiserliche Hilfe zu machen.

In Wien hatten die kaiserlichen Minister v. Crockow von der aufrichtigen Absicht des Kaisers mit Frankreich ernstlich zu brechen zu überzeugen gesucht durch den Hinweis, dass der franzosenfreundliche Fürst Lobkowitz seinen Einfluss beim Kaiser verloren habe, doch v. Crockow weiss sehr bald zu berichten, dass die andern Minister fürchten, der Fürst Lubkowitz werde wieder aufkommen. „Sollte er seine Autorität wieder herstellen, wird er gewiss dem Könige in Frankreich

1) Droysen: „Der Staat des Gr. Kurfürsten“ 3. Bd. S. 285.

Digitized by Google

lieber Land und Leute zu Kron und Scepter in der Güte hingeben, ehe er zum Kriege resolviret".[1])

Von kaiserlicher Seite geschah also sehr wenig, was den Kurfürsten vom Frieden mit Frankreich abhalten konnte; es band ihn auch kein fester Vertrag. Anders aber stand es mit den Generalstaaten. Er war durch den Vertrag verpflichtet, Frankreich für seinen Feind zu erklären. Der Vertrag mit den Niederlanden vom 6. Mai 1672 war ein gegenseitiges Defensivbündnis. Der Artikel 21 dieses Vertrages lautete: „Die Armee wird nur gebraucht auf den Fall, dass wer gen.-staatische Lande, Festungen, Unterthanen, Garnisonen angriffe, wo denn der Kurfürst verbunden ist, auf Requisition der Gen.-Staaten feindlich zu agiren". Im dritten Separatartikel wird ausgemacht: „dass wenn der Kurfürst in seinen Landen feindlich angegriffen würde, die Gen.-Staaten mit dem Angreifer brechen und den Kurfürsten mit ihrer Landmacht unterstützen wollten".[2])

Dass der Kurfürst gewillt war, diesen Vertrag zu erfüllen, dürfte nicht zweifelhaft sein; unmöglich wurde es ihm aber gemacht durch die Haltung des kaiserlichen Generals. Es war das grösste Unglück für die kriegslustige brandenburgische Armee, dass sie im Verein mit der kaiserlichen diesen Feldzug machte. Die kaiserliche Politik war Schuld am Misslingen aller militärischen Unternehmungen. Nicht nur in Holland wusste man sich nicht in die brandenburgischen Militäraffairen zu schicken, sondern auch im kurfürstlichen Rate war man hierüber höchst verwundert, wie aus einem Schreiben v. Jenas und dem Briefwechsel zwischen dem Grafen Montecuculi und von Schwerin hervorgeht. — Die brandenburgischen Gesandten im Haag mussten nichts als

1) U. u. A. IX. 13. S. 587 ff.

2) v. Mörner: Staatsvertr. S. 363.

Digitized by Google

Hohn und Spott über ihren Herrn hören: „Da sieht man nun, was diese berühmte brandenburgische Armee bedeutet; der Kurfürst ist ein schwacher Herr, thut selbst nichts, lässt sich von seinen französisch gesinnten Offizieren zu seinem eigenen Ruin, Schimpf, Schande und Spott raten und regieren," heisst es in einem Schreiben aus dem Haag. Und in einem Kölner Briefe heisst es: „Man schreibt von verräterischen und korumpierten vornehmen Räten, welche dem Feind den Ball zuschlagen sollen".[1]) Man beschuldigte vor allen Anhalt, Schwerin und Meinders des Verrats und heimlichen Einverständnisses mit Frankreich.

So dachte man im Haag über den Kurfürsten und seine Umgebung. Man beschuldigte einfach den Verbündeten des Verrats, ohne selbst alles getan zu haben, was zum glücklichen Ausgang des Krieges hätte führen können. Seit fast vier Monaten hatten die Staaten die vertragsmässigen Subsidien nicht gezahlt; auch der Bitte des Kurfürsten, zu seinen Gunsten in Holland oder Friesland, um Turenne zu einer Teilung seiner Truppen zu veranlassen, eine Diversion gegen Frankreich zu unternehmen, waren sie nicht nachgekommen. Sicherlich trugen auch sie ein Teil der Schuld am Misslingen dieses Feldzuges.

Im März 1673 sandte der Kurfürst v. Pölnitz nach dem Haag. Dieser sollte den Staaten noch einmal klar machen, in welcher Lage sich der Kurfürst befinde und dass er sich, falls nicht sichere Mittel angegeben würden, wie der Krieg energisch weiter zu führen sei, in Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes einlassen müsse. Der Kurfürst lässt die Generalstaaten durch v. Pölnitz an den Vertragspunkt erinnern, nach

1) Droysen: Der Staat des Gr. Kurfürsten. S. 284; Peter: Der Kr. d. Gr. Kurf. gegen Frankr. 1672—75. S. 130.

Digitized by Google

dem sie verpflichtet wären, ihn zu unterstützen; freilich verspricht er sich von dieser Erinnerung nichts, denn „die Staaten haben mit sich selbst und der Defension ihrer noch übrig habenden Plätze mehr zu thun und zu beobachten, als ihnen fast möglich und verlangen vielmehr von Uns, dass wir sie von ihren Feinden befreien und retten sollen.“ Diese Erinnerung an den Vertrag sollte wohl nur zeigen, dass der Kurfürst nicht mehr imstande war, den Staaten zu helfen, dass eine Hilfe ihrerseits aber auch nicht zu erwarten stand. Desto eifriger sollte Pölnitz aber auf die rückständige Zahlung der Subsidien dringen, weil er anders nicht seine Armee in gutem Etat erhalten könne. Der Kurfürst macht den Staaten auch den Vorwurf, dass sie Dänemark und das Haus Braunschweig nicht zum Bunde gebracht hätten.

Als Pölnitz im Haag mit Ausflüchten mancherlei Art hingehalten wird, befiehlt ihm der Kurfürst, wenn auf nochmaliges Remonstrieren keine Antwort erfolgt, den Abschied zu nehmen unter feierlichem Proteste: „wegen aller hieraus entstehenden Inkonvenientien, vornehmlich aber des Uns zuwachsenden Schadens, welches Wir nicht vergessen werden“. Der Kurfürst ist zu dem Glauben gekommen, „dass die Staaten mit Fleiss suchen, sich des Foederis zu entschlagen, weil sie nun in so geraumer Zeit demselben in den vornehmsten und essentiellsten Punkten kein Genügen gethan und uns dadurch in unüberwindlichen und unaussprechlichen Schaden gesetzet: gestalt denn auch von ihnen keine einzige Raison noch zur Zeit vorbracht worden, warum sie die restirenden Subsidia zu hinterhalten befuget zu sein vermeinen möchten“.[1]) Für die vornehmsten und essentiellsten Punkte hält der Kurfürst aber die Sub-

1) U. u. A. IX 13 S. 789.

Digitized by Google

sidien; denn er weiss sehr wohl, dass die Staaten ihre Soldaten ihm nicht zu Hülfe schicken können, da sie ihrer selbst bedürfen.

Wohl aber konnte er von ihnen verlangen, dass sie das schuldige Geld auch zahlten.

Da die Antwort der Generalstaaten nicht so lautete, dass der Kurfürst damit zufrieden sein konnte, vielmehr die Generalstaaten erklärten, die Subsidien nicht zahlen zu können, da sie die Gelder zur Beschaffung einer Flotte zum Kriege gegen England gebrauchten, so kann man es dem Kurfürsten nicht verdenken, dass er, auch von dieser Seite im Stiche gelassen, die Vermittelung Schwedens annahm, das während des ganzen bisherigen Krieges den Frieden zu vermitteln gesucht hatte, und den schwedischen Obersten Wangelin bei Turenne um Waffenstillstand nachsuchen liess. Freilich erklärte Turenne auf diese Verhandlungen nicht eingehen zu können, da er keinen Auftrag des Königs hierfür hätte.

Alle Unternehmungen der Staaten und der Bundesgenossen hatten dem Feind eigentlich keinen Schaden zugefügt; ja der Feind wurde von deutschen Reichsfürsten in jeder Weise unterstützt. Wenn der Kurfürst seine Lage betrachtete, so konnte er nichts finden, was für ein Beharren beim Bunde sprechen konnte. Die kaiserliche Politik hatte nicht einmal mit Frankreich gebrochen; unter den Reichsfürsten hatte er keinen Freund, und die Generalstaaten konnten ihm auch nicht helfen. Aus allen diesen Gründen kam der Kurfürst zu der Ansicht, dass für seine Lande das beste „ein billig mässiger Friede und zu dessen Beförderung ein gutes Armistitium sei, ehe die Sache in grössere Perplexitäten und Unser Staat und übrige Lande in Preussen und dem obersächsischen Kreise in augenscheinliche Gefahr von Polen und Schweden, ja Türken und Tartaren geraten und keine Rettungs-

Digitized by Google

oder Defensionsmittel mehr vorhanden sein möchten."[1]) Zunächst kam es dem Kurfürsten darauf an, eine Waffenruhe zu erhalten, um dadurch dem weiteren Vordringen Turennes Einhalt zu gebieten und so seinen Landen Ruhe zu verschaffen. Bei diesen Verhandlungen war ihm der 23. Artikel des Vertrages mit den Staaten hinderlich, nach dem Unterhandlungen über Stillstand oder Frieden auf Zeit nur nach Kommunikation unter einander angefangen und fortgeführt werden durften.[2]) Auch diesem Punkte des Vertrages war der Kurfürst gerecht geworden. Die Sendung v. Pölnitz nach dem Haag bezweckte nichts anderes.

Die Antwort des Königs von Frankreich auf das brandenburgische Ansuchen um Waffenruhe zeigte, dass Frankreich mit Brandenburg keinen Waffenstillstand, sondern Frieden haben wollte. Für das Zugeständnis einer Waffenruhe machte man von Frankreich aus die Bedingung, dass der Kurfürst von Brandenburg sogleich Friedenspräliminarien unterzeichne, seine Gesandten zum Abschlusse eines Friedens bevollmächtige, auf alle Allianzen mit den Feinden Frankreichs verzichte und Lippstadt einem neutralen Fürsten ausliefere bis zur Ratifikation des Friedens. Selbstverständlich war der Kurfürst weit entfernt, auf „so grobe Anmutungen" einzugehen. Die französische Bedingung zwang den Kurfürsten, sich zu entscheiden, ob er bei der Sache der Verbündeten bleiben und sich selbst und den Ruin seiner Lande daran setzen, oder ob er für dieses Mal seine Verbündeten im Stiche lassen sollte. Als die Absicht Brandenburgs, einen Waffenstillstand zu schliessen, im Haag bekannt wurde, ergriff eine grosse Bestürzung die

1) Peter: Gesch. d. Kr. d. Gr. Kurf. g. Frkr. 1672—75. S. 136.

2) v. Mörner: Staatsverträge S. 362.

Digitized by Google

leitenden Staatsmänner. Der brandenburgische Gesandte Romswinkel schreibt vom Prinzen von Oranien: „Er ist so bestürzt und entsetzt, wie ich ihn in den schwersten Widerwärtigkeiten nicht gesehen habe; das heisse den Staat entwaffnen, der mit dem April eine stattliche Flotte in See haben und zu Lande stark sein werde."[1])

Ehe der Kurfürst sich in bestimmte Verhandlungen mit Frankreich einliess, forderte er von seinen Räten Gutachten darüber, ob er bei der gemeinsamen Sache der Verbündeten bleiben oder den von Frankreich angebotenen Frieden annehmen solle. Inzwischen hatte der Pfalzgraf Friedrich Wilhelm von Pfalz-Neuburg durch seinen Vizekanzler Straatmann seine Vermittelung angeboten. Straatmann hatte dem Kurfürsten gemeldet, dass der König von Frankreich zu einem verhältnismässig günstigen Frieden geneigt sei. Das Schreiben an die Geh. Räte ist datiert vom 23. April 1673; der Kurfürst teilt ihnen seine Absicht mit, Frieden zu schliessen mit dem Vorbehalt „wenn von französischer Seite das Reich attaquiret werden sollte, demselben Unserm Gefallen nach zu assistiren".[2])

Die Antworten der Geh. Räte lauteten verschieden. Ein Teil, nämlich, Jena, Somnitz und Canstein waren für Beharren bei der einmal ergriffenen Sache. Auf der andern Seite standen Schwerin, Blumenthal und Meinders, die besonders die Interessen Brandenburgs hervorhoben und ausserdem auf die Intriguen, die im Reiche gegen Brandenburg gespielt wurden, und auf die Gefahr von Schweden und Polen hinwiesen.

Der Kurfürst trat der letzten Ansicht bei und ratifizierte den von Straatmann abgeschlossenen Vertrag.

---

1) Droysen: D. Staat d. Gr. Kurf. III. Bd. S. 287.
2) U. a. A. IX. 13. S. 498 ff.

Digitized by Google

Zugleich sandte er Meinders an Turenne, um diesen zur Einstellung der Feindseligkeiten zu veranlassen. Von dort sollte sich Meinders zum Pfalzgrafen von Neuburg begeben und dann in das französische Hauptquartier weiter reisen. Am 6. Juni kam er im französischen Hauptquartier an und wurde dort freundlichst aufgenommen. Schon am 21. Juni wurde der Vertrag unterzeichnet.

Wozu verpflichtete nun dieser Frieden den Kurfürsten? Er verpflichtete ihn, den vereinigten Niederlanden und jedem Feinde des Königs keinen Beistand zu leisten, doch so, dass er freie Hand behalte, wenn das Reich angegriffen werde; verpflichtete ihn ferner, seine Armee hinter die Weser zurückzuziehen, mit Ausnahme der Garnisonen seiner Festungen westlich von der Weser, von denen ihm bis zu 1000 Mann auf das platte Land zu verlegen gestattet sein solle. Dagegen gab der König alle von ihm oder von seinen Verbündeten gemachten Eroberungen, namentlich auch die früher von den Holländern besetzten Festungen und Plätze im Clevischen zurück, nur sollte Wesel und Rees bis zum beendeten Kriege französische Garnison behalten. Ausserdem sollten alle gerechten Forderungen des Kurfürsten namentlich hinsichtlich der Successions- und Erbrechte durch Frankreich beim Hauptfriedensschluss mit dem Kaiser und den Generalstaaten unterstützt werden. Um den einstweiligen Ausfall der holländischen Gelder zu decken, machte sich der Kurfürst aus, dass der König ihm 300000 Livres sofort, dann 500000 Livres in zehn halbjährlichen Raten zahlen lasse.[1])

Seinen bisherigen Alliierten hatte der Kurfürst kurz nach Meinders Abreise seinen Entschluss, mit

1) v. Mörner S. 373 ff u. Droysen S. 293.

Digitized by Google

Frankreich Frieden zu schliessen, angekündigt. Er rechtfertigte ihn mit dem Hinweis auf die Ruhe und den Frieden Deutschlands und gab seine feste Absicht kund, das Zustandekommen des allgemeinen Friedens unter raisonablen Bedingungen mit allen Kräften befördern zu helfen.

Die Generalstaaten sandten an ihn Dietrich Brasser, um im Verein mit den spanischen und kaiserlichen Gesandten noch einen letzten Versuch zur Verhinderung des Separatfriedens zu machen. Der Kurfürst war darüber nicht zweifelhaft, dass er jetzt nicht daran denken könne, den Frieden, dessen Ratifikation Meinders gleich mitgenommen hatte, für ungültig zu erklären. Er sagte dieses auch ganz offen dem staatischen Gesandten; zugleich versicherte er aber, wenn die jetzt eingeleiteten Verhandlungen nicht zu einem allgemeinen und ehrlichen Frieden führten, und die Partei der Niederlande sich inzwischen so verstärkt hätte, dass einige Hoffnung auf den Erfolg ihrer Sache vorhanden sei, so werde er nicht verfehlen, sich ihr wieder anzuschliessen; er wünsche, dass diese Zeit recht bald herbeikommen möchte.

Gezwungen durch die Macht der Verhältnisse hatte der Kurfürst den Separatfrieden geschlossen. Waren auch die meisten Hoffnungen zu Schanden geworden, eine hatte sich erfüllt, nämlich das Fortbestehen der Generalstaaten. Wenn es diesen gelungen ist, den französischen Angriff des Jahres 1672 zu überstehen, so danken sie das zum grössten Teile der mutigen Einmischung Brandenburgs. Ausserdem bedeutete der Frieden von Vossem eine völlige Änderung der brandenburgischen Politik nicht; denn die Klausel, dass der Kurfürst sich freie Hand behalte, wenn das Reich von seiten Frankreichs angegriffen werden sollte, konnte ihm stets den völker-

Digitized by Google

rechtlichen Grund geben zu nochmaligem Anschluss an die Verbündeten.[1])

Die Zeit des Wartens und der zweite Anschluss an die Verbündeten.

Der Kurfürst hatte den Frieden von Vossem geschlossen in der Hoffnung, auch die anderen Verbündeten zum Frieden bewegen zu können. Er musste aber bald sehen, dass diese Hoffnung eine trügerische war. Zwar traten die streitenden Parteien im Juni 1673 in Köln zu einem Friedenskongress zusammen; als Vertreter Brandenburgs nahm daran der junge Otto v. Schwerin, der Sohn des Oberpräsidenten, teil. In der Instruktion hiess es: Otto v. Schwerin solle sich eifrigst für die Herstellung des Friedens bemühen und die Aufnahme des Vossemer Vertrages in das allgemeine Friedensinstrument betreiben. Er war angewiesen, ehe er von den Franzosen die Erfüllung ihrer Versprechungen verlangen sollte, erst eine Vereinbarung mit den staatischen

---

1) Wenn Prutz im 2. Bande seiner „Preuss. Geschichte" auf S. 169 sagt: „Dass Friedrich Wilhelm und seinen Beratern der wahre Sinn dieser Klausel, wie ihn die tatsächlichen Verhältnisse bestimmten, entgangen sein, dass sie wirklich geglaubt haben sollten, für den Fall eines deutsch-französischen Krieges freie Hand zu haben — wer möchte das im Ernst annehmen?" und weiterhin meint, der Kurfürst hätte diese Klausel nur in den Vertrag gebracht, um sein Gewissen zu beruhigen, so glaube ich dem doch widersprechen zu müssen. Ich halte sie für einen Vorbehalt von höchster Bedeutung; zudem meine ich, ist jedem Artikel des Vertrages gleiche Würdigung entgegenzubringen, und wenn schon Zweifel an der ernsten Absicht des Kurfürsten erhoben werden, so durften sie doch nicht gerade da einsetzen, wo uns der Kurfürst im schönsten Lichte erscheint.

Digitized by Google

Gesandten zu versuchen.[1]) Die Verhandlungen in Köln führten zu keinem Resultat, da man beiderseits nicht auf die gestellten Bedingungen eingehen wollte. Die Lage Brandenburgs wurde durch diese Vereitelung des Friedens eine sehr schwierige; klar war es, dass der Kurfürst nun noch einmal in den Gang der Verhältnisse werde eingreifen müssen, es handelte sich für ihn nur darum, den richtigen Zeitpunkt für den Wiedereintritt in die Koalition abzuwarten. Da die Verhandlungen in Köln zu nichts führten, entspann sich bald ein Kampf auf der ganzen Linie. Holland und Österreich war es gelungen, Spanien zum Bunde zu bekommen; die Kaiserlichen rüsteten zu ernstem Kampfe; die Holländer hatten die Engländer zur See geschlagen. So war die Lage Ludwigs XIV. gänzlich verändert; aus einem Angreifer war er der Angegriffene geworden.

Diese Gelegenheit benutzte Schweden, die streitenden Parteien zum Frieden zu bringen, da es glaubte, der französische König werde jetzt leichter mit sich unterhandeln lassen; es gewann auch Brandenburg für seinen Plan. Aber jeder Vermittelungsversuch wurde ausgeschlagen. Sorgfältig beobachtete der Kurfürst den Gang der weiteren Ereignisse. Er befand sich, wie gesagt, in einer schwierigen Lage, und ein rascher, voreiliger Anschluss an eine Partei konnte für ihn höchst gefährlich werden. Durch den Tod des Polenkönigs Michael Wisnowiecki waren dort die gewohnten Wahlunruhen eingetreten, und es hatte sich auch sehr bald ein lebhaftes Intriguenspiel entwickelt. Selbstverständlich war es dem Kurfürsten nicht gleichgiltig, wer der neue König werden sollte. Die gleichen Interessen verbanden hier die beiden protestantischen Mächte Schweden und

1) Peter: a. a. O. S. 193.

Digitized by Google

Brandenburg, und deshalb erneuerten diese beiden die Defensivallianz vom Jahre 1666. Das Bündnis wurde am 1./11. Dezember 1673 geschlossen, und zwar wurde bestimmt, dass auch die nicht zum Reiche gehörenden Gebiete — für Brandenburg das Herzogtum Preussen — in die gegenseitige Verteidigungspflicht eingeschlossen wurde. In einem Separatartikel wurde jedem der beiden Kontrahenten gestattet, in dem gegenwärtigen Kriege beliebig Partei zu ergreifen, „so jedoch, dass er zeitig mit seinem Verbündeten sich berate und nach Übereinkunft mit diesem handle. Könnte er sich indess nicht mit seinem Verbündeten einigen, soll es ihm endlich frei stehen, für sich die seinem Interesse zusagende Partei, selbst wenn sie dann oder künftig eine dem Konföderierten gegnerische wäre, zu ergreifen".[1]) Der Kurfürst hatte dieses Bündnis sowohl mit Rücksicht auf Polen, auf die Ungewissheit hin, wer dort König werden sollte, als auch auf Kaiser und Generalstaaten geschlossen. Die ganze Sache sollte auch als Demonstration gegen diese beiden dienen, um sie zu schrecken und zu veranlassen, sich um Brandenburg etwas mehr zu bemühen. Der ganze Separatartikel machte das Bündnis eigentlich gegenstandlos; er ist aber auch ein Beweis dafür, dass der Kurfürst immer an den Anschluss an die Verbündeten gedacht hat.

Inzwischen war natürlich von dem französischen Gesandten in Berlin, dem Grafen Verjus, versucht worden, den Kurfürsten aus der Neutralität zu tätiger Bundesgenossenschaft zu bringen. Aber auch die lockendsten Anerbietungen wurden zurückgewiesen und die französische Politik hinsichtlich Triers vom Kurfürsten scharf getadelt und dem Grafen Verjus bedeutet,

1) Mörner: a. a. O. S. 377 ff.

Digitized by Google

dass der König von Frankreich sich dadurch sehr viel Feinde machen werde; ebenso tadelte der Kurfürst den Einfall der Franzosen ins Elsass und die Besetzung der zehn freien Städte, deren Schicksal im Westfälischen Frieden unentschieden gelassen war. Ebenso wenig vermochten Drohungen Frankreichs den Kurfürsten umzustimmen.

Während dieser Zeit des Wartens ist eins sicher, nämlich dass der Kurfürst nicht im Bunde mit Frankreich sein wollte; die Scheinverhandlungen mit dem französischen Gesandten, die diesem die Hoffnung gaben, der Kurfürst werde schliesslich doch noch auf die Seite Frankreichs treten, sollten wohl den Kaiser und die Niederlande in etwas schrecken und sie seinen Wünschen geneigter machen. Derselben Meinung ist auch der kaiserliche Gesandte in Berlin, Baron v. Goess, der in seinen Berichten immer darauf hinweist, dass die Gesinnung des Kurfürsten eine für den Kaiser und die Verbündeten günstige sei, und dass die Unterhandlungen mit Verjus nur den Zweck hätten, die Verbündeten seinen Plänen und Forderungen geneigter zu machen. Er schreibt vom 16. März 1674 an den Kaiser: Verjus hat abermals eine Konferenz gehalten, in welcher er, wie Schwerin Goess gesagt, die Proposition wegen Rückgabe der Städte Wesel und Rees und andere Offerten gemacht habe, welche darauf hinweisen, dass Frankreich Brandenburg für sich gewinnen will. Schwerin hat dem Goess gesagt, Brandenburg werde diesen Anerbietungen aber kein Gehör schenken, es sei denn, „dass es von der anderen Partei vernachlässigt werde", quod ego sic interpretor, wann derselben keine guten Conditiones wollten gemacht werden.[1])

1) U. u. A. 14. 1. III. L. S. 742.

Digitized by Google

Anfangs war es den Kaiserlichen und den verbündeten Spaniern und Generalstaaten im Kriege gegen Frankreich gut gegangen. Durch den endgültigen Sturz des Fürsten Lobkowitz war den französischen Sympathieen in Wien der Boden entzogen worden, und wie sehr auch der französische Gesandte Gremonville drohte, diesesmal blieb der Kaiser fest. Dass es des Kaisers ernste Absicht war, einen entscheidenden Krieg mit Frankreich zu führen, zeigt die Aufhebung des Kölner Domherrn, des Fürsten Fürstenberg in Köln im Februar 1674, wodurch die Auflösung des Friedenskongresses, der bis dahin noch immer zusammen gewesen war, vollzogen wurde. Auch im Reiche begann man sich zu besinnen. Bei den deutschen Reichsständen entstand eine Abneigung gegen das eroberungssüchtige Frankreich, die genährt wurde durch das Benehmen der Franzosen im Elsass; durch die Besetzung der zehn Städte, dann durch den Einfall in Kurtrier und Kurpfalz im Frühjahre 1674. Am 19. Februar 1674 war ausserdem England durch den Frieden mit den Generalstaaten aus dem Kampfe ausgeschieden, und am 24. Mai war in Regensburg der Reichskrieg gegen Frankreich erklärt worden. Dieses war der Boden, auf dem stehend der Kurfürst von Brandenburg seine Massnahmen treffen konnte.

Schon im Januar 1674 hatte der Kurfürst wiederum seinen Geheimen Rat Lorenz Georg von Crockow nach Wien gesandt, scheinbar um dort Stimmung für den Frieden zu machen, in Wirklichkeit aber, um wieder Grund und Anhalt zum Anschluss zu erhalten. Der brandenburgische Gesandte fand in Wien bereitwilliges Entgegenkommen beim Kaiser und auch beim dortigen spanischen Gesandten. Abwechselnd wurden Konferenzen beim österreichischen Kanzler Hocher, bei v. Crockow

Digitized by Google

und dem spanischen Gesandten abgehalten, zu denen man auch den Vertreter der Generalstaaten zog. Man stellte Brandenburg sofort beträchtliche Subsidien in Aussicht, die von Spanien und den Generalstaaten zur Hälfte bezahlt werden sollten. Aber keiner wollte dem Kurfürsten einen tatsächlichen Vorteil anbieten. Wenn Crockow an die Rückerstattung Jägerndorfs erinnerte, wies man ihn ab und meinte, man dürfte in dieser schweren Zeit nicht von solchen Forderungen sprechen. Man vertröstete den Kurfürsten mit dem „Ruhme", den er durch diesen uneigennützigen Kampf für die Freiheit Europas sich erringen würde.

Auch die Generalstaaten, die nach Berlin den Pensionär Pauw von Achtienhoven gesandt hatten, machten dem Kurfürsten keine besseren Vorschläge. Auch sie wollten den Brandenburger nur als Bundesgenossen zweiten Grades behandeln und forderten von ihm die Stellung von 12000 Mann. Trotzdem standen sie nicht davon ab, sehr grosse Forderungen ihrerseits an den Kurfürsten zu stellen, so berichtet Goess nach Wien am 23. April 1674: „Von holländischer Seite trägt man auf nit weniger an, als Offensiv- und Defensivallianz wider Frankreich und die übrigen Feinde des Staates und also auf einen öffentlichen Bruch, so denn billig von S. K. D. gar hoch zu consideriren und intuitu dessen die conditiones zu facilitiren."[1])

Von der Stellung einer so geringen Truppenzahl wollte der Kurfürst aber durchaus nichts wissen; als vollberechtigter Bundesgenosse mit 20000 Mann wollte er in diesen Kampf ziehen. Um doch etwas von den Generalstaaten zu erreichen, sandte er Derfflinger, der den Niederländern sehr angenehm und als ihr eifrigster

1) U. u. A. 14. I. S. 759.

Digitized by Google

Freund bekannt war, nach dem Haag, aber auch dieser kehrte bald unverrichteter Sache nach Berlin zurück.

Selbstverständlich verzögerten derartige Verhandlungen sehr den Fortgang und den Abschluss des Bündnisses. Keine der Mächte wollte dem Kurfürsten irgend etwas zugestehen, alle verlangten nur eine geringe Truppenmacht. Man dachte daran, aus braunschweigischen, dänischen — diese beiden waren der Koalition beigetreten — und den brandenburgischen Truppen eine Armee von 30000 Mann zu bilden, sodass der Kurfürst 10000 Mann zu stellen gehabt hätte. Der Kurfürst machte den Kaiserlichen aber sehr deutlich, dass er sich nicht als Bundesgenosse zweiten Grades behandeln lassen wolle. Der kaiserliche Gesandte v. Goess meldet aus Berlin, dass der Kurfürst in allen Unterredungen auf der Stellung eines „grossen Quantums beharre, da er allein operiren wolle".[1])

Die Generalstaaten knauserten mit den Subsidien und wollten von einer Erstattung der rückständigen Gelder nichts wissen. Spanien verlangte, dass der Kurfürst sich womöglich verpflichte auf Wiederherstellung des Besitzstandes vor dem pyrenäischen Frieden; doch diese Zumutung hat der Kurfürst stets zurückweisen lassen, zumal die Spanier sich nicht einmal zur Sendung eines Unterhändlers nach Berlin verstehen wollten und auch kein Äquivalent in Aussicht stellten. „Was der Spanische Ambassadeur daselbst wegen Redintegrirung der Pyrenäischen Traktaten, und dass solches in dem vorhabenden Foedere ausgedrückt werden möchte, erinnern wolle mit der Zusage, dass sein König Uns dafür hernächst eine der geleisteten Hülfe proportionirte Erkenntlichkeit widerfahren lassen würde, dabei finden

1) U. u. A. 14. I. S. 760.

Digitized by Google

Wir allerlei Bedenken, und habt Ihr darum sehr wohl gethan, darauf zu remonstriren, wie unbillig es sein wollte, wann Wir uns in ein so schweres Engagement einlassen, und das Reciprocum, so Wir dahingegen zu erwarten hätten, auf ein Ungewisses ausstelleten und alles auf die Discretion und den guten Willen der Krone Spanien ankommen lassen sollten".[1])

Der Kurfürst war entschlossen, auf alle diese Bedingungen nicht einzugehen; deshalb unterhandelte er nebenbei mit Schweden und besonders mit Frankreich sehr offenkundig, um bessere Anerbietungen zu erzielen. v. Crockow tritt in Wien ziemlich kühl auf und zeigt nicht mehr denselben Eifer wie früher, worüber der Kaiser in den Briefen an v. Goess sehr klagt;[2]) er fordert v. Goess auf, doch nur ja recht vorsichtig zu sein und darauf zu achten, dass bei den Verhandlungen mit Frankreich und Schweden nichts „Praejudicirliches" geschlossen würde. Dieses Auftreten der Brandenburger hatte Erfolg. Am 23. Juni 1674 erhält Goess durch den Kaiser die Vollmacht, über die Aufnahme Brandenburgs in das Bündnis der Alliierten zu verhandeln. Es heisst in diesem Schreiben: „Wir erachten auch, dass Brandenburg für diesmalen nicht zur ausdrücklichen Garantirung des pyrenäischen Friedens und Setzung selbiger Kron wiederum in solchen Stand zu treiben, sondern nur dahin zu vermögen sei, dass dieselbe so lang bei uns Confoederirten mit ihren Waffen verbleiben und der Traktat so lang seine vollkommene Kraft haben sollen, als bis dieser Krieg sich völlig geendigt und man einen beständigen Universalfrieden allerseits erlangt haben würde. Wegen Jägerndorf ist Dir genugsam wissend, dass Churbrandenburg einmal kein Recht hierzu haben;

1) U. u. A. IX. 13. S. 624. Instr. für v. Crockow.
2) U. u. A. 14. I. S. 761. Der Kaiser an v. Goess.

Digitized by Google

jedoch wollten Wir in gegenwärtigen Conjunkturen und zur Beförderung des zwischen uns, der Kron Spanien, denen Generalstaaten und sein des Kurfürsten zu Brandenburg Ld. obhandenen Traktaten, zwar aus keiner Schuldigkeit, etwas übriges thun, wenn sich Brandenburg mit einem moderaten quanto befriedigen wollte".[1]) Auch die kriegerischen und politischen Verhältnisse trugen dazu bei, den Kaiser geneigter zu stimmen. Das Kriegsglück war den Verbündeten nicht mehr günstig; dazu kamen noch die Vorgänge in Polen, wo nicht der österreichische Kandidat, der Herzog v. Lothringen, sondern Johann Sobieski, und zwar mit infolge der Unterstützung Brandenburgs zum König gewählt worden war.

Als die Haupthindernisse beseitigt waren, erteilte der Kurfürst v. Crockow die Vollmacht, den Vertrag abzuschliessen. Am 21. Juni resp. 1. Juli ratifizierte er den Vertrag der Assistenz-Allianz zwischen dem Kaiser Leopold I., dem Könige Karl II. von Spanien und den Generalstaaten gegen Frankreich. Brandenburg hatte nach diesem Vertrage 10000 Fussgänger, 5000 Reiter und 1000 Dragoner zu stellen. Dafür sollte es sofort je 100000 Thaler von den Generalstaaten und Spanien erhalten. Den Unterhalt der Armee trugen zur Hälfte Spanien und die Generalstaaten, zur andern Hälfte der Kurfürst. Das Oberkommando blieb dem Kurfürsten, der es, wenn nicht verhindert, selbst führte. Er verpflichtete sich, zu agieren, wie es den Alliierten „per majora" dünken würde. — Gleiches gilt von allen Hauptactionen und deren Ausführung durch konjungierte Truppen.[2])

Die Vertragsbedingungen stellten den Kurfürsten schlechter, als diejenigen, die er im Bündnisse des Jahres

1) U. u. A. 14. I. S. 769.

2) Mörner: a. a. O. S. 383 ff.

Digitized by Google

1672 erhalten hatte. Der Kurfürst hatte am meisten nachgeben müssen. Diese Änderung und Schlechterstellung war aber durch die ganze Sachlage begründet. 1672 setzte der Kurfürst die Existenz seines Staates für die ganz alleinstehende, rings von Feinden umgebene Republik aufs Spiel. Jetzt schloss er sich einer grossen Koalition an, die seine Hülfe zwar schätzte, aber doch nicht für unentbehrlich und grosser Opfer für wert hielt. Man wusste in Wien und im Haag ohne Zweifel, dass Brandenburg auch durch die Rücksicht auf die eigene Sicherheit verhindert wurde, auf die Seite Frankreichs zu treten; denn wenn der Kurfürst sich jetzt Ludwig XIV. anschloss, so lief er Gefahr, von der Übermacht der Koalition erdrückt zu werden. Neutral zu bleiben war ihm auch nicht möglich, wenn auch Frankreich ihm für blosse Neutralität Subsidien angeboten hatte; es hatte die im Vossemer Frieden versprochenen Gelder noch nicht bezahlt, und dasselbe war auch jetzt vorauszusehen; ohne Subsidien aber war der Kurfürst nicht im Stande, seine Armee aufrecht zu erhalten.

Eine Abweichung vom Vertrage von 1672 hatte sich der Kurfürst selbst ausbedungen. Um nicht wie beim Friedensschlusse von Vossem Vorwürfe wegen seines Verhaltens fürchten zu müssen, hatte er die Forderung gestellt: ein jeder Verbündeter solle für sich Frieden schliessen dürfen, wenn dabei nur der volle Besitzstand seiner Alliierten vor dem Kriege gewahrt bleibe. Der 24. Artikel des Vertrages lautete demgemäss: „Unterhandlungen behufs Friedens oder Stillstandes auf Zeit dürfen anders nicht als unter aller Contrahenten Theilnahme erfolgen; it. mit wechselseitiger Communikation über den Fortgang und Erstrebung allerseits gleicher Rechte, Immunitäten etc. (man hätte sich

Digitized by Google

dann bezüglich des letztern anders unter sich verglichen), auch sollen die Feindseligkeiten gegen Alle möglichst gleichzeitig aufhören."[1])

Von neuem war also der Kurfürst in die Koalition gegen Frankreich eingetreten. Die Gründe hierfür sind im allgemeinen dieselben wie die des Jahres 1672. Einmal sah der Kurfürst in dem Anwachsen Frankreichs eine Gefahr für das Reich und die bestehenden Verhältnisse überhaupt, die er um jeden Preis verhindern wollte. Dieser Preis war die Darangabe seiner eigenen Existenz; denn er wusste wohl, dass bei einem Misslingen des Krieges ein Teil seines Besitzes, wenn nicht der ganze, verloren gehen würde; von einer Neutralität versprach er sich aber nichts. Im Bestehen der Generalstaaten sah er zum andern eine Garantie für das Gleichgewicht der europäischen Verhältnisse sowohl politisch als auch konfessionell; zum dritten war es sein Interesse am Reich. Reichsdeutsch ist seine Gesinnung während dieser Zeit trotz scheinbarer Verirrungen immer gewesen. Als ihm durch den Einfall der Franzosen in Kurtrier und Kurpfalz der völkerrechtliche Grund gegeben wurde, seine reichsdeutsche Gesinnung zu betätigen, nicht nur zu zeigen, hat er es sofort getan. In einem Briefe an den Kaiser vom 10. April 1674 dankt er diesem dafür, dass er sich des Kurfürsten von der Pfalz „bei dieser so unbilligen kundbaren Bedrückung so angenommen und J.-Lbd. dero kräftigsten Schutz und Hülfe widerfahren lassen." Er hält es für die Pflicht des Reiches, hier einzugreifen, und fährt fort: „Als habe ich meinem Gesandten in Regensburg gemessenen Befehl ertheilt, deshalb die Nothdurft überall zu beobachten und, dass hochged. J. Lbd. von Reichswegen mit schleu-

1) Philippson: Der Gr. Kurfürst. I. Bd. S. 318. Mörner: a. a. O. S. 385.

Digitized by Google

niger Hülfeleistung den Reichssatzungen gemäss an Hand gegangen werde, kräftigst zu befördern."[1])

Es ist ihm also stets Ernst gewesen mit der Separatklausel im Friedensvertrage von Vossem, dass er sich freie Hand behalte, wenn das Reich attaquiret werden sollte.

Was er mit diesem Anschluss an die Verbündeten wagte, war ihm vollkommen klar. Von der Defensivallianz mit Schweden vom 1. Dezember 1673 versprach sich der Kurfürst nicht sehr viel; deshalb empfahl er seine Lande dem Schutze des Kaisers und forderte, dass ein starkes Korps an den schlesischen Grenzen postiert werde, und er verlangte ausserdem, dass die Truppenkontingente des obersächsischen Kreises zur Sicherung seiner Lande mobil machten. Von den Generalstaaten erhielt er das Versprechen, eine Flotte in die Ostsee senden zu wollen, wenn Schweden Anstalten machen solle, in die Mark einzufallen.

Die brandenburgische Armee betrug damals angeblich 20000 Mann, in Wahrheit waren es etwas über 18000 Mann, die allerdings durch Werbungen vermehrt werden sollten. Den Oberbefehl führte unter des Kurfürsten höchster Leitung der Feldmarschall Derfflinger.

Der Kurfürst entscheidet sich für die Verbindung mit dem kaiserlichen Heere.

Nachdem der Kurfürst sich zur Teilnahme am Kriege entschlossen hatte, handelte es sich zunächst darum, auf welchem Kriegsschauplatze sich die brandenburgische Armee betätigen sollte, ob in den Niederlanden oder in der Pfalz. In dem Widerstreit der sich kreuzenden Interessen der Koalition kommt es vor allen

1) U. u. A. IX. 13. S. 680.

Digitized by Google

Dingen darauf an zu wissen, was die einzelnen wollten. Die Generalstaaten hätten die vollständige Wiedereroberung ihres Gebietes gewünscht; die Spanier verlangten die Befreiung ihrer Niederlande und Restauration des Besitzstandes vor dem Aachener Frieden; die Kaiserlichen endlich forderten Lothringen und Elsass zurück; die Vertreibung der Franzosen aus diesem Lande war für sie das Wichtigste, was zunächst unternommen werden musste.

Das Wesen der Koalition brachte es mit sich, dass allen diesen Ansprüchen eine Berücksichtigung geschenkt werden musste. Das Korps des Herzogs von Bournonville, dem sich die Reichstruppen anschliessen sollten, wurde bestimmt, die Befreiung der Pfalz und die Eroberung des Elsass und Lothringens zu versuchen. In den Niederlanden stand unter Oberbefehl des Prinzen von Oranien, der auch zum spanischen Generalissimus ernannt war, die generalstaatische und gesamte spanische Armee und ein kaiserliches Korps unter General de Souches.

Mochte der Kurfürst sich nun nach dem Oberrhein oder nach den Niederlanden wenden, in beiden Fällen verschaffte er der alliierten Armee die Übermacht und damit die Aussicht auf den entscheidenden Sieg.

Gleich nach dem Abschlusse des Bündnisses hatte der Prinz von Oranien die Sendung der brandenburgischen Hilfstruppen verlangt. Anfangs war der Kurfürst auch gewillt, diesem Wunsche zu folgen. Er wollte selbst nach Cleve reisen,[1]) dort seine Regimenter sammeln und sie entweder in eigener Person der alliierten

1) U. u. A. IX. 13. S. 632. Instruktion für Blaspeil. Hieraus ergibt sich die Richtigkeit der Annahme Peters S. 228 gegenüber Philippson S. 321.

Digitized by Google

Armee in den Niederlanden zuführen oder unter Derfflingers Oberbefehl zu ihr stossen lassen. Wenn der Kurfürst sich mit der staatischen Armee vereinigte, so bewies er auf das entschiedenste seinen lebhaften Anteil an der Sache der vereinigten Niederlande und erwarb sich einen Anspruch auf ihre Dankbarkeit. Ausserdem musste ihm das Zusammenwirken mit seinem Neffen Wilhelm v. Oranien, der den Krieg gegen Frankreich sehr eifrig betrieb, genehmer erscheinen, als mit dem Herzog von Bournonville, mit dem er die traurige Kampagne des Jahres 1672/73 durchgemacht hatte. Aus dieser Überlegung ist auch die Sendung des Geh.-Rats Blaspeil zu verstehen, der Mitte Juli 1674 nach dem Hauptquartier des Prinzen ging, um die Kriegsoperationen mit diesem zu besprechen.

Doch bald änderte der Kurfürst seinen Entschluss. Der unglückliche Anfang des Krieges am Oberrhein, die Bedrängnis des völlig preisgegebenen Kurfürsten von der Pfalz, hatten den Kaiser veranlasst, den Kurfürsten von Brandenburg aufzufordern, seine Truppen mit dem Heere Bournonvilles zu vereinigen. Der Wunsch des Kaisers allein wird jedoch nicht ausschlaggebend gewesen sein für diese Sinnesänderung. Blaspeil erhielt den Auftrag, Oranien und dem spanischen Statthalter, Grafen Monterey, die Nachricht zu überbringen, dass der Kurfürst vor der Hand in der Pfalz zu agieren gedenke. Als Grund gab er an, dass der Kaiser es wünsche und ihn versichert hätte, Spanien und die Generalstaaten wären mit dieser Verwendung der brandenburgischen Truppen einverstanden. Der Kurfürst fügt in einem Schreiben an Blaspeil und Romswinkel, seinem Residenten im Haag, hinzu: „Ohne ist's nicht, dass die Gefahr anitzo im Reich die grösste und also auch die Hülfe am nötigsten, und wenn dem gemeinen Feind ein

Digitized by Google

merklicher Abbruch geschieht, so kömmts dem Staat doch auch zu Statten".[1])

Der Prinz von Oranien, der auf die Ankunft der Brandenburger sicher gerechnet hatte, war mit der Änderung durchaus nicht einverstanden, besonders da ihm de Souches sehr grosse Schwierigkeiten bereitete und ihn an den Ausführungen seiner Pläne hinderte, sodass man schon an Verrat oder heimliches Einverständnis mit dem Feind dachte. De Souches hatte anfangs nichts von der Verbindung mit dem Brandenburger wissen wöllen; nach der Schlacht bei Seneffe aber war er es besonders, der die Ankunft der Brandenburger verlangte, während Oranien seine Zustimmung zu der Änderung des kurfürstlichen Planes gab und zwar, wie Blaspeil am 21. August berichtet, mit dem Bemerken, dass von der Pfalz aus dem Feinde ebenso viel Abbruch getan werden könnte als vom niederländischen Kriegsschauplatze aus, zudem würde durch eine nochmalige Änderung sehr viel Zeit verstreichen und der ganze Feldzug vielleicht für dieses Jahr ohne Erfolg unternommen sein.[2]) Doch Monterey und de Souches blieben bei der Forderung, dass die Brandenburger nach den Niederlanden kommen sollten. In der Konferenz vom 21. August im Lager vor Mons wurde beschlossen, an den Kurfürsten die Aufforderung ergehen zu lassen, nach Beendigung der Aktion in der Pfalz sich mit den Spaniern und Holländern zu vereinigen. Auch in der Folgezeit berichtet Blaspeil, dass diese beiden immer die Ankunft der Brandenburger vertragsmässig forderten.

Bei der Begründung ihres Verlangens beriefen sich der spanische und kaiserliche Befehlshaber darauf, dass die Armee Bournonvilles Turenne vollkommen gewachsen,

1) Peter: a. a. O. Beilagen S. 231.
2) U. u. A. IX. 13. S. 636 ff.

Digitized by Google

wenn nicht überlegen sei, nachdem schon einzelne Reichstruppen zu ihr gestossen wären. Nach der Schlacht bei Seneffe, durch die die Alliierten die Übermacht eingebüsst hatten, fragte es sich aber, ob in den Niederlanden überhaupt noch Operationen würden vorgenommen werden, die von Wichtigkeit waren. Nach den Misserfolgen der Verbündeten in den Niederlanden war der Kurfürst der Ansicht, dass hier die Entscheidung dieses Feldzuges nicht fallen würde. Er befand sich damals auf dem Marsche nach dem Oberrhein und schrieb vom 15. September an Blaspeil und Romswinkel: „Nachdem Wir, wie auch bekannt, den Marsch auf I. K. M. inständiges Begehren, womit die zu Wien anwesende Königlich Hispanische und der vereinigten niederländischen Provinzen Ministri und Gesandte allerdings einig gewesen, dieser Ends hingerichtet und solchen so geschwind, wie leicht zu erachten, nicht ändern können, zudem der Feind sich gegen Elsass und Lothringen sehr verstärket und Wir ihm daselbst vermittels göttlichen Beistands einen empfindlichen Stoss und Abbruch zu thun verhoffen, so versehen Wir uns, man würde mit solchem unsern Marsch nicht allein zufrieden sein, sondern denselben auch allerdings approbiren".[1])

Es war die Ansicht des Kurfürsten, dass die Entscheidung des Jahres im Elsass und in Lothringen fallen würde.

Es sind jetzt die Gründe zu besprechen, die den Kurfürsten bewogen haben, sich wieder mit den Kaiserlichen zu vereinigen trotz der schlechten Erfahrungen früherer Jahre. Wenn der Kurfürst seine Armee mit der staatisch-niederländischen vereinigte und damit seinen Beistand den Plänen der Spanier lieh, die auf die Resti-

1) U. u. A. IX. 13. S. 636 ff. Für diese ganzen Unterhandlungen.

Digitized by Google

tution des Pyrenäischen Friedens ausgingen, wogegen sich der Kurfürst stets ausgesprochen und auch von Crockow und Blaspeil beauftragt hatte, gegen diese Zumutungen zu remonstrieren, so war das ein Bruch des Vossemer Vertrages. Aber die Separatklausel dieses Friedens gab ihm den gegründeten Anlass, für die Rechte des Reiches, wie er es sich im Frieden von Vossem ausdrücklich vorbehalten hatte, einzutreten. Das Reich hatte an Frankreich den Krieg erklärt; das Gebiet des Kurfürsten von der Pfalz war attaquiert worden und nur dort konnte er seine Heeresmacht verwenden. Nur in seiner Stellung als Reichsfürst zog er diesmal gegen Frankreich. Hinzu kommt noch, dass der Kaiser dringend die Verbindung der kurfürstlichen Armee mit der seinigen wünschte. Aus allen Briefen des Kaisers an den Kurfürsten geht dies deutlich hervor.[1]) Am 14. August teilt der Kurfürst v. Crockow vor seiner Abreise mit, dass er entschlossen sei, nach dem Oberrhein zu gehen, weil nach den jünsten Berichten Turenne wieder auf die Pfalz zugehen sollte, sodass dort noch zu agieren sein werde. „Sollte es aber mit dessen Retirade kontinuiren, so wird man doch in denen übern Rhein gelegenen Landen eine mächtige Diversion machen können, damit nicht ein Mangel an Fourage und Vivres darin komme, welches gar gewiss geschehen würde, wenn Unsere Armee so ziemlich stark, noch zu denen andern grossen Armeen in den Niederlanden stossen und dieselben vergrössern sollte.“[2])

In derselben Relation heisst es:

„Wir fügen Euch in Gnaden zu wissen, dass Wir bis noch zu wegen unseres Marsches anders nicht resolviret seien, als nach dem Oberrhein zu gehen. Die

1) U. u. A. 13. S. 681 ff.
2) U. u. A. 13. S. 628.

Digitized by Google

Ursachen seind Euch teils bekannt, und werdet Ihr dieselben schon füglich beizubringen wissen. Die vornehmste ist, dass I. K. M., wie Euch bekannt, solches jederzeit ausdrücklich begehret.“ Es waren also noch andere Gründe da, die den Kurfürsten auf die Verbindung mit den Kaiserlichen hinwiesen.

Am 27. Juli teilte der brandenburgische Geheime Rat v. Somnitz Goess mit, dass der Kurfürst jetzt für den Marsch nach der Pfalz eingenommen sei und an den Prinzen von Oranien in diesem Sinne geschrieben habe. Ganz plötzlich ist diese Sinnesänderung wohl nicht eingetreten; schon am 25. Juli erklärt v. Crockow in einer Konferenz mit Montecuculi, dass Brandenburg mit Spanien und Holland vornehmlich mit Rücksicht auf den Wunsch des Kaisers abgeschlossen habe.[1]) Griff der Kurfürst als tätiger Bundesgenosse in den Krieg ein, so musste er sich der Partei anschliessen, die ihm und seinen Landen genügenden Schutz gewährte. Denn immer wurde er von Schweden bedroht und stets musste er fürchten, dass dieses in sein Land einfallen würde. Er musste darauf bedacht sein, diesen möglichst wenig Grund zum Einfall zu geben, und dieses war nur möglich, wenn er sich streng an den Geheimartikel des Vossemer Vertrages hielt. Er wusste aber wohl, dass eine strenge Haltung an die Separatklausel für die Schweden kein Hinderungsgrund sein würde; deshalb musste er auf den Schutz seines Landes von anderer Seite bedacht sein, und diesen Schutz konnte ihm nur der Kaiser und das Reich gewähren.

Da der Kurfürst nichts von einer Teilung seiner Truppen wissen wollte und entschlossen war, mit 18000 bis 20000 Mann den Feldzug zu unternehmen, so bat

1) U. u. A. 14. S. 776.

Digitized by Google

er durch Crockow den Kaiser um Erlassung der 700 Mann, die er zum Reichskontingent und zwar zum obersächsischen Kreise zu stellen hatte. Doch darauf wollte der Kaiser nicht eingehen, weil er fürchtete, die anderen Reichsstände würden dagegen sofort Einspruch erheben und sich vielleicht auch veranlasst fühlen, ihr Reichskontingent nicht zu stellen. Deshalb musste Goess stets auf möglichst schnelle Stellung dieses Kontingents dringen. Es wurde dem Kurfürsten aber in Aussicht gestellt, dass die Truppen des obersächsischen Kreises mit seiner Armee konjungiert werden sollten. v. Goess stellte dem Kurfürsten vor, „dass J. Ch. D. eigenes Interesse dabei versire, dass es hoch importire, dass sie den Andern mit gutem Exempel vorgehen, dass sonsten derselben möchte imputirt werden, dass die Reichsverfassung und consequenter die Rettung der opprimirten Stände in Stocken komme. Es ist noch gestern dahie im Rath hiervon deliberiret worden und befinden die meisten, dass die Schickung dieses Contingentes in alle Wege notwendig wäre, sintemalen geschehen könnte, dass J. Ch. D. die erste wären, welche diese Reichshülf von Nöthen hätten."[1]) Es war dieses ein deutlicher Hinweis auf die von Schweden drohende Gefahr. Da er in den Niederlanden keinen schnellen Erfolg zu erringen glaubte, so musste er sich dem Wunsche des Kaisers fügen. Nur durch einen schnellen entscheidenden Erfolg konnte der Kurfürst den kriegerischen Eifer seines schwedischen Nachbars abzukühlen hoffen. Daher kam es darauf an, die Übermacht der Koalition möglichst rasch zur Geltung zu bringen, so dass Schweden seine Rüstungen entweder nicht vollenden oder nicht wagen konnte, der siegreichen Koalition in den Weg zu treten.

1) U. u. A. 14. S. 781.

Digitized by Google

Als er sich zum Zuge nach der Pfalz entschlossen hatte, liess er sich vom Kaiser sofort den Oberbefehl übertragen und bat, dass der Herzog von Bournonville an ihn verwiesen werde. Der Kurfürst durfte voraussetzen, dass Bournonville dieses Mal den gemessenen Befehl von Wien erhalten habe, den Wünschen des Kurfürsten entgegenzukommen und seine Befehle auszuführen, besonders da Brandenburg sich in allen Stücken dem Wunsche des Kaisers gefügt hatte.

Bournonville liess es auch an Versicherung seiner Ergebenheit und Freude, unter dem Kurfürsten zu dienen, nicht fehlen. Am 1. August schrieb er aus dem Lager bei Flersheim: „Ich bin überzeugt, dass eine Armée wie die E. K. D. ganz Europa Gesetze diktiren kann; ich werde grossen Ruhm davon haben, von Neuem unter dem Befehl E. K. D. zu stehen.“ Als ihm der Kurfürst mitteilte, dass er nach Strassburg zu kommen beschlossen habe, schrieb er ihm: „Dann muss Turenne Elsass räumen und E. K. D. wird sagen können wie einst Caesar: Veni, vidi, vici.“[1])

Grosse Pläne waren es, die der kaiserliche General an den Kurfürsten sandte. Bournonville wollte den Krieg auf französischen Boden verpflanzen, Philippsburg und Trier wieder in deutsche Hände bringen, den Herzog von Lothringen wieder in sein Land zurückführen. Er glaubte dieses ausführen zu können, wenn die braunschweigisch-lüneburgischen und münsterischen Truppen zu ihm stiessen. Als dies geschehen war, wurde im Kriegsrat bei Kostheim in der Nähe von Mainz in der zweiten Hälfte des August beschlossen, Turenne zur Räumung von Elsass und Lothringen zu zwingen; Brandenburg sollte seine Truppen oberhalb Philippsburg über

1) Peter: Beilagen S. 276 ff. auch für das folgende.

Digitized by Google

den Rhein führen und vom Unterelsass aus selbständig gegen Turenne operieren. Der Kurfürst billigte diesen Plan. Der Übergang der Bournonvilleschen Armee über den Rhein hatte zur selben Zeit stattgefunden, als die brandenburgische Armee ihren Marsch begann. Am 20. August war der Kurfürst, begleitet von seiner Gemahlin und seinem ältesten Sohne, dem Kurprinzen Karl Emil, von Potsdam nach Magdeburg aufgebrochen, wo die Regimenter sich versammelt hatten; hier übernahm er selbst den Oberbefehl und trat am 23. August den Marsch nach dem Rhein an, fest entschlossen, nach dem entworfenen Operationsplan zu handeln. Am 18. September kam nach dem brandenburgischen Hauptquartier Gerolshofen die Meldung, dass die verbündete Armee wieder auf das rechte Rheinufer zurückgegangen sei. Der Kurfürst fand diesen Rückzug unbegreiflich und beklagte sich heftig darüber; an eine Änderung des Marsches dachte er aber nicht, einmal, weil es schon zu spät im Jahre war und dann, weil er gerade jetzt dort höchstnötig gebraucht wurde. Er schreibt an Blaspeil und Romswinkel vom 18. Septbr.: „Dieser Orten hat solche Änderung die Gemüter sehr alteriret und ist man nun froh, dass wir mit unserer Armee in dieser Gegend stehen, weil sonsten der Turenne alsdann nach Belieben diese beiden fränkischen und schwäbischen, wie auch Ober- und Niederrheinischen Kreis in Unruhe und Contribution setzen oder gar von der gemeinen Sache und guten Partei abziehen könne. Wir kontinuiren nichtsdestoweniger einen Weg als den andern Unsern Marsch und werden alles, was möglich ist und zu Abbruch des Feindes und der Alliirten Besten wie auch der allgemeinen Sache Wohlfahrt gereichen kann, fürzunehmen nicht unterlassen".[1])

1) Peter a. a. O. Beilagen S. 369.

Digitized by Google

Der im Sommer verabredete Kriegsplan war vereitelt worden. Es musste jetzt also eine neue Operationsbasis geschaffen werden. Zu diesem Zweck berief der Kurfürst alle Beteiligten nach Heilbronn, wo auch am 3. Oktober die Zusammenkunft stattfand. Es gab für die Verwendung der kurfürstlichen Armee drei Möglichkeiten.

Erstens die Wiedereroberung Triers, zweitens die Belagerung von Philippsburg, worauf der Kurfürst von der Pfalz so sehr bestand, und drittens der Marsch nach Strassburg. Nach Erwägung aller Möglichkeiten wurden die beiden ersten Punkte verworfen und beschlossen, so schnell wie möglich nach Strassburg zu marschieren. Die Ausführung des ersten Vorschlages hätte einer zu langen Zeit bedurft. Die Belagerung Philippsburgs hielt der Kurfürst für wichtig, weil von dort aus die Franzosen Einfälle in die Pfalz unternehmen konnten. Er hat eigenhändig in zehn Punkten ein Gutachten verfasst: „Ursachen, warum Philippsburg nicht belagert werden könne". Sorgfältig hat er die Gründe für und wider erwogen und kommt zum Schlusse, dass er von einer Belagerung abstehen müsse, weil diese in den Winter fallen würde, wodurch das Unternehmen bei dem so wie so ungünstigen Terrain sehr erschwert werden würde, besonders da zunächst die Artillerie noch nicht zur Stelle war.[1]) Er hielt eine Blockade von Philippsburg, zu der sich der Kurfürst von der Pfalz mit 12000 Mann erboten hatte, für vollständig ausreichend, wenn die Franzosen anderswo beschäftigt würden. Einen Abfall des Pfälzers, womit dieser gedroht hatte, hielt er für unmöglich, da er gänzlich von den Verbündeten umgeben und abhängig war. Schliesslich gab der Kurfürst

1) U. u. A. IX. 13. S. 678.

Digitized by Google

von der Pfalz zu dem Marsche nach Strassburg seine Zustimmung.

Durch die Vereinigung mit dem kaiserlichen Heere wurde dem Feinde eine Übermacht entgegengestellt, mit der in kurzer Zeit entscheidende Schläge geführt und der Krieg auf französischen Boden hinübergespielt werden konnte. Alles schien auch zur Erreichung des Zieles sicher. Die Reichsstadt Strassburg hatte den Kaiser ihrer Treue versichert und tätige Teilnahme gegen die Franzosen versprochen. Crockow meldet aus Wien am 27. Septbr.: „Sonst ist mir gesagt, dass der Graf Hohenlohe I. K. M. referiret, es hätte sich die Stadt Strassburg erkläret, den Kaiserlichen und Reichsarmeen nicht allein ihre Brücke zu geben, besondern dass sie noch daneben eine Schiffsbrücke zu mehrerer Commodität wollten schlagen lassen."[1]) Der Kaiser schreibt am 25. Septbr. an den Kurfürsten: „Nun ist mit demjenigen, so man noch vor dem Winter vornehmen will, nicht zu feiern, sondern mit allem Fleiss und Eifer Hand anzulegen, zu welchem End es sehr zu statten kommt dass die Stadt Strassburg den Pass und Repass, auch sonsten alle beförderliche Assistenz für meine und der Alliirten Völker verwilligt hat."[2])

Zu allen diesen Gesichtspunkten kommt noch ein anderer. Der Kurfürst hoffte, den Marschall Turenne bald schlagen zu können. War dieses geschehen, so stand den Verbündeten der Weg nach Frankreich offen. Als das brandenburgische Heer noch auf dem Marsche nach der Pfalz war, erhielt der Kurfürst vom Kaiser folgende Forderung des spanischen Gesandten in Wien zugeschickt: „Weil am obern Rhein eine grosse Macht

1) U. u A. IX. 13. S. 715.
2) U. u. A. IX. 13. S. 671.

Digitized by Google

an Mannschaft zusammenkomme, dass selbige sufficient, ja überflüssig sein werde, zwei Corpora zu bilden, solchem nach mit dem einen auf Turenne zu gehn und mit dem andern die Grafschaft Burgund zu rekuperieren."[1]) Auch Crockow schreibt: „Der spanische Ambassadeur vermeint, dass die Franche Comté leicht zu rekuperieren, weil die Franzosen schon Gray und andere kleine Plätze verlassen und in der ganzen Provinz nicht über zwei- bis dreitausend Mann haben. Er sagt, wenn E. K. D. mit dero Armée dahingehen wollten, würde sein König E. K. D. nicht allein die Quartiere in der Provinz geben, besondern es würden auch E. K. D. die Contributiones aus den angrenzenden Provinzen zu geniessen haben."[2])

Der Kurfürst wusste wohl, dass zuerst Turenne aus dem Elsass vertrieben werden musste, um an die Verwirklichung dieses Planes denken zu können. Immerhin bot er aber eine lohnende Aussicht. Nach Säuberung des Elsass konnte er dann frei und unbehindert nur auf sich allein angewiesen mit seinem Heere agieren. Gelangen alle diese Pläne, woran nicht zu zweifeln war, so konnte der Kurfürst auch Ansprüche auf Belohnung machen. An der Spitze eines so starken Heeres konnte er wohl verlangen, als gleichberechtigter Bundesgenosse zu gelten und er konnte fordern, beim Friedensschlusse in gleicher Weise wie die anderen berücksichtigt zu werden. Er hat diesen Krieg nicht allein unternommen, um „Ruhm" zu erwerben oder zu zeigen, dass er deutsch zu denken und zu handeln wisse, gleichsam um seinen moralischen Ruf zu bessern und seinen Separatfrieden wieder gut zu machen. Hauptsächlich sind es also wohl

1) U. u. A. IX. 13. S. 690.
2) U. u. A. IX. 13. S. 715.

Digitized by Google

strategische Gründe gewesen, die den Zug nach dem Elsass befürworteten.

Das bereitwillige Entgegenkommen der Stadt Strassburg ist wahrscheinlich der Hauptgrund zum Zuge nach dem Elsass gewesen. Er wusste, welche Gesinnung die Strassburger Bürgerschaft hegte. Aber auch deutsches Interesse kommt hinzu. Es galt zunächst, durch schnelles Eingreifen die Gefahr von Strassburg abzuwenden, dass es dasselbe Schicksal erleiden könnte, wie die andern zehn Städte. Welche Gesinnung der Kurfürst für die Stadt hegte, geht aus einem Schreiben an die Bürgerschaft hervor:

„Gleichwie Wir nun jeder Zeit zu Euch und Ew. Stadt eine sonderbare Affection und Zuneigung gehabt, also werden Wir auch ferner dabei bleiben und solches bei allen vorfallenden Gelegenheiten zu erkennen geben, nicht zweifelnd, Ihr werdet Euch auch ferner zur Beförderung des gemeinen Wesens also bezeigen, dass Ihr den bereits erworbenen Ruhm nicht allein beibehaltet, sondern auch vermehrt, und wir verbleiben Euch kurfürstlicher Gnade stets wohl beigethan."[1]) Der Kurfürst durfte annehmen, dass die Stimmung der übrigen elsässischen Bevölkerung ebenso war, wie die der Bürgerschaft Strassburgs, besonders in den unterworfenen Teilen. Er musste glauben, dass das Endziel dieses Feldzuges, die Befreiung von Elsass-Lothringen und die Einsetzung Herzog Karls IV. von Lothringen in sein Land erreichbar war. Frankreich, angegriffen im Norden in den Niederlanden und bedrängt im Osten am Oberrhein, musste niedergezwungen werden, so dass sein Einfluss dahinsank und im deutschen Reiche kein deutscher Fürst

1) Rocholl: „Der Grosse Kurfürst im Elsass, 1674 bis 1675", S. 11.

Digitized by Google

fürchten brauchte, in die Bastille geführt zu werden, sondern dass im deutschen Reiche nur deutsche Fürsten und Stände ihre Angelegenheiten ordneten. Das war der Gedanke des Kurfürsten, als er in diesen Krieg zog; dass es ihm nicht möglich war, ihn zu verwirklichen, war zum grössten Teil nicht seine Schuld.

Digitized by Google

Lebenslauf.

Am 20. Dezember 1877 wurde ich als der zweite Sohn des Kantors Heinrich Erhard Ross und seiner Ehefrau Helene, geb. Zacharias, in Gross Wolfsdorf (Ost-Preussen) geboren. In der nach evangelischem Ritus vollzogenen Taufe erhielt ich die Namen Karl Erhard. Den ersten Unterricht empfing ich in der Schule meines Heimatdorfes; später brachte mich der Vater auf das Gymnasium; Michaelis 1898 verliess ich das Gymnasium Bartenstein O.-Pr. mit dem Zeugnis der Reife. In Königsberg, dessen Universität ich zunächst bezog, hörte ich bei

Baumgart, Bezzenberger, Busse, Erler, Hahn, Prutz, Rühl und *Schubert.*

Michaelis 1900 bezog ich die Universität Jena. Hier lehrten mich die Herren Professoren

Eucken, Gelzer, Keutgen, Leitzmann, Liebmann, Lorenz, Michels und *Rein.*

Ihnen allen schulde ich grossen Dank. Doch sei es mir vergönnt, auch an dieser Stelle meinem verehrten Lehrer Herrn Geh. Hofrat Professor Dr. *Ottokar Lorenz* für seine tatkräftige Unterstützung, die er mir zu jeder Zeit zu teil werden liess, meinen herzlichsten Dank auszusprechen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

THIS BOOK IS DUE ON THE LAST DATE
STAMPED BELOW

AN INITIAL FINE OF 25 CENTS
WILL BE ASSESSED FOR FAILURE TO RETURN THIS BOOK ON THE DATE DUE. THE PENALTY WILL INCREASE TO 50 CENTS ON THE FOURTH DAY AND TO $1.00 ON THE SEVENTH DAY OVERDUE.

MAY 5 1934

FEB 19 1937

LD 21–100m·7,'33

Digitized by Google

YC 37629

133250
DD394
.5
R6

Digitized by Google